

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen

Postanschrift: Neuenfelder Straße 19

Ort: Hamburg

NUTS-Code: DE600

Postleitzahl: 21109

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Löffler, Oliver

E-Mail: beschaffungsstelle@bsw.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/bsw/>

I.2) Informationen zur gemeinsamen Beschaffung

Der Auftrag wird von einer zentralen Beschaffungsstelle vergeben

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.Bieter/DownloadTenderFiles.ashx?subProjectId=M5HZ5j3Ps7c%253d>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <http://www.bieterportal.hamburg.de>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Planungsleistungen Ingenieurbauwerk gem. §§41 HOAI

Referenznummer der Bekanntmachung: BSW VV-ABH4-424/20

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71300000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Oberbillwerder ist Hamburgs zweitgrößtes Stadtentwicklungsvorhaben nach der HafenCity. Auf Basis des Flächennutzungsplans von 1997 soll auf einer Fläche von ca. 124 ha im Bezirk Bergedorf ein neuer urbaner Stadtteil mit lebendigen Nachbarschaften und vielseitigen Angeboten für Wohnen, Arbeit, Bildung, Kultur,

Freizeit, Sport und Erholung entstehen. Das Gelände grenzt südlich an die Bahntrassen für den Regional-, Fern- und Güterverkehr.

Nach derzeitigen Empfehlungen aus einem bereits bestehenden Lärmschutzgutachten sollen nördlich des Bahndamms der Bau von einer Lärmschutzwand mit einer Länge von ca. 2200 m und mit einer Höhe von ca. 4,0 bis 6,0 m über Schienenoberkante ausgeführt werden.

II.1.5) Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 666 000.00 EUR

II.1.6) Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) Beschreibung

II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:

II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s)

II.2.3) Erfüllungsort

NUTS-Code: DE600

II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:

Nach derzeitigen Empfehlungen aus einem bereits bestehenden Lärmschutzgutachten sollen auf dem Bahndamm nördlich der S-Bahntrasse Hamburg-Bergedorf der Bau von einer Lärmschutzwand mit einer Länge von ca. 2200 m und mit einer Höhe von ca. 4,0 bis 6,0 m über Schienenoberkante zur Senkung der Schallbelastung ausgeführt werden. Als Option ist der Bau einer zweiten Lärmschutzwand südlich der Bahntrassen für den Regional-, Fern- und Güterverkehr bzw. nördlich des bestehenden Stadtteils Allermöhe zeitgleich mit der vorgenannten LSW vorgesehen. Diese Angaben werden jedoch im Planungsprozess weiter vertieft und können sich somit noch ändern. Aufgrund der Lage der Lärmschutzwand ist auch ein gestalterisches Konzept für das Bauwerk zu entwickeln.

Die anrechenbaren Baukosten (KG 300 – 400) für die Maßnahme wurden mit 12.000.000 € (brutto) ermittelt.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Leistungsphasen 1-2 Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI;
- Leistungsphasen 3-9 Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
- Besonderen Leistungen in allen Leistungsphasen der Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Besondere Leistungen:

- LPH 2: Baubetriebsplanung und Entwicklung eines Sperrpausenkonzeptes einschl. Anmelden der Sperrpausen zur Integrierten Bündelung (IB) auf der Homepage der DB.
- LPH 2: Erstellung einer Vergabeunterlage Suchschürfe einschl. Abstimmungen DB, Angebotsauswertung, Überwachung und Auswertung der Ergebnisse als vorbereitende Maßnahme.
- LPH 2: Mitwirken bei der Durchführung von Vermesserleistungen sowie Freischnittarbeiten externer Dienstleister. Die Einholung der Angebote erfolgt durch den AG.
- LPH 2: Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung als Einzelfallprüfung mit den Themenschwerpunkten a) Merkmale des Vorhabens b) Standort des Vorhabens c) Bewertung der Auswirkungen d) Maßnahmen zur Vermeidung. Die Ergebnisse sind in digitaler Form dem AG zu übergeben.
- LPH 3: Mitwirken bei Vereinbarungen zwischen FHH und DB AG (Gestattungsvertrag und Baudurchführungsvereinbarung) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
- LPH 4: Gestellung eines Bauvorlageberechtigten Bahn (BVB) mit Aufgaben und Pflichten nach der EBA als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG

- LPH 7: Prüfen und Werten von Nebenangeboten, falls diese zugelassen werden als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
- LPH 8: Baustellenbetreuung / Koordination / Örtliche Bauüberwachung vollumfänglich gem. Anlage 12.1 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.

Die Planungsleistungen sollen kurzfristig nach Beauftragung im Juli 2020 begonnen werden.

Baubeginn: voraussichtlich 2024 (abhängig von Sperrpausen der DB)

Fertigstellung: voraussichtlich 2025

Eine Ausschreibung zur Vergabe der Leistungen der Tragwerksplanung gem. §§ 49 HOAI der Gesamtmaßnahme erfolgt in einem zeitnah startenden separaten Verfahren.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Fachlicher Wert / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Qualität / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Kommunikation und Verfügbarkeit / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Ausführungszeitraum / Gewichtung: 10

Kostenkriterium - Name: Preis/Honorar / Gewichtung: 40

II.2.6) **Geschätzter Wert**

Wert ohne MwSt.: 666 000.00 EUR

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 01/07/2020

Ende: 31/12/2025

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.

Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Ingenieurbauwerke gem. §§ 41 HOAI eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 5 Jahre (Stichtag 1.1.2015) mit der Leistungsphase 8 abgeschlossen worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Bauaufgabe (0-5 Punkte) und vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 14 Punkte erreicht werden. (Siehe hierzu auch die Wertungsmatrix, Anlage 7, der Vergabeunterlagen)

Um die eingereichten Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Kriterien prüfen zu können, ist es wichtig, die dafür notwendigen Parameter der Referenzprojekte zu benennen. Wir bitten darum, die Referenzprojekte anhand der vorgegebenen Formulare zu dokumentieren.

Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl analog § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

- Leistungsphasen 3-9 Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
- Besondere Leistungen:
 - LPH 3: Mitwirken bei Vereinbarungen zwischen FHH und DB AG (Gestattungsvertrag und Baudurchführungsvereinbarung) als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
 - LPH 4: Gestellung eines Bauvorlageberechtigten Bahn (BVB) mit Aufgaben und Pflichten nach der EBA als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG
 - LPH 7: Prüfen und Werten von Nebenangeboten, falls diese zugelassen werden als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
 - LPH 8: Baustellenbetreuung / Koordination / Örtliche Bauüberwachung vollumfänglich gem. Anlage 12.1 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG.
 - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Ingenieurbauwerke gem. § 43 HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen**II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben****III.1) Teilnahmebedingungen****III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Angaben der Bewerber gemäß §§ 122 GWB bzw. § 75 VgV.

Mit dem Teilnahmeantrag sind die folgenden bereitgestellten Unterlagen und Erklärungen elektronisch einzureichen:

- Teilnahmeantrag (Formblatt VV-Bau Anlage 5-130)
- Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt VV-Bau Anlage 5-140)
- Eigenerklärung Tariftreue (Formblatt VV-Bau Anlage 5-330)
- Eigenerklärung zu Wirtschaftlichen Verknüpfungen (Anlage 1)
- Erklärung Präqualifizierung / Zulassung EBA (Anlage 2)
- Referenzen (Anlage 6)
- Bescheinigung Berufshaftpflichtversicherung über mind. die Deckungssummen (siehe III.1.2)
- Nachweise der Qualifikation Fachplaner gem. § 75 VgV.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen bei Bedarf einzureichen:

- Erklärung Bewerbergemeinschaft (Formblatt VV-Bau Anlage 5-150 (Anlage 3))
- Leistung Unterauftragnehmer (Formblatt VV-Bau Anlage 5-160)
- Verpflichtungserklärung Unterauftragnehmer (Formblatt VV-Bau Anlage 5-170 (Anlage 4))
- Leistung anderer Unternehmen (Formblatt VV-Bau 5-180)

- Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Formblatt VV-Bau 5-190 (Anlage 5))

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personell identischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerber sowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Formatlayout der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten.

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefüllten Bewerbungsunterlagen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen elektronisch einzureichen. Die Firmenzugehörigkeiten von Bietergemeinschaften und/oder Nachunternehmern sind auf den entsprechenden Formularen zu benennen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern. Nachforderungen in der Bewerbungs- und Angebotsphase, die nicht fristgerecht eingehen, führen zum Ausschluss am weiteren Verfahren.

III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Nachweis Berufshaftpflichtversicherung.

B) Erklärung über den Umsatz des Bewerbers.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z. B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z. B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A) Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung über die Bereitstellung folgender Deckungssummen im Auftragsfall, mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden.

Es ist zu bestätigen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h., dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Zu B) Erklärung über den Umsatz des Bewerbers gem. §§ 41 HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren. Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 400 000 EUR (netto) erreichen.

Die zur Verfügung gestellten Unterlagen sind bzgl. der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung des für die Ausführung der Leistung Verantwortlichen;

B) Nachweis der beruflichen Qualifikation der vorgesehenen Projektleitung;

C) Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten;

D) Erklärung über die Beschäftigtenzahl durch Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter mit entsprechender fachlicher Qualifikation der letzten 3 Geschäftsjahre.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu A) Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV.

Zu B) Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mindestens FH, Nachweis durch Studiennachweis).

Zu C) Erfahrungen mit dem öffentlichen Auftraggeber oder mit öffentlich geförderten Maßnahmen.

Zu D) Für den Leistungsbereich Ingenieurbauwerke gem. §§ 41 HOAI sind mindestens 4 festangestellte Architekten oder Bauingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Architektur oder Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Geschäftsjahre nachzuweisen. Die zur Verfügung gestellten Verfahrenshinweise sowie der Auswahlbogen sind bzgl. der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit zwingend zu beachten und bindend.

III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Planung muss durch ein in Bahnbelangen erfahrenes, bauvorlagenberechtigtes Büro unter Beachtung der geltenden Richtlinien und Vorschriften der DB AG erfolgen und dem Eisenbahn-Bundesamt zur Prüfung vorgelegt werden.

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 02.03.1974, geändert durch das Gesetz vom 15.08.1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

Für die Ausführung des Auftrags ist ein abgeschlossenes Präqualifizierungsverfahren bei der Deutschen Bahn (DB) als auch eine Zulassung des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) notwendig.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

- IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**
Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja
- IV.2) **Verwaltungsangaben**
- IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**
- IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**
Tag: 16/03/2020
Ortszeit: 09:30
- IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**
Tag: 09/04/2020
- IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**
Deutsch
- IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**
- IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

Abschnitt VI: Weitere Angaben

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein
- VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:**
Ein Lageplan liegt bei. Diese Angaben werden jedoch weiter verifiziert und können sich somit noch ändern. Die Ausführung und die technische Gestaltung der Lärmschutzwand müssen dem einschlägigen Regelwerk der DB Netz AG entsprechen. Die Planungsunterlagen sind der DB Netz AG zur Zustimmung vorzulegen. Es liegt in der Verantwortung der/s Bewerber/s die beantworteten Fragen im Bieterportal bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist regelmäßig einzusehen. Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form im Bieterportal veröffentlicht.
Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.
Während der Angebotsphase werden „Fragen und Antworten“ nur in anonymisierter Form über die bekanntgegebene Vergabepattform übermittelt. Die Aufforderung zur Finalen Angebotsabgabe gem. § 17 VgV erfolgt über das Bieterportal.
Die zur Verfügung gestellten Unterlagen sind zwingend zu beachten und bindend.
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**
Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift: Neuenfelder Straße 19
Ort: Hamburg
Postleitzahl: 21109
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@bsw.hamburg.de
Telefon: +49 40428403230

Fax: +49 40427310499

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1 - 4 GWB unzulässig, soweit

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

14/02/2020